

Musterbrief - bitte anpassen, individualisieren, daraus Textbausteine nehmen...

An: Bundestagsabgeordnete, Bürgermeister*innen, Kultusminister*innen, etc.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin/Herr Abgeordneter ...,

riskieren wir als Sportverein die Gemeinnützigkeit – und damit auch das Nutzungsrecht für unsere Trainingshalle, wenn wir uns gemeinsam mit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger klar gegen Antisemitismus und Rassismus positionieren? Dürfen wir auf unserer Facebook-Seite zur Teilnahme an einer Mahnwache für die Opfer des Anschlags von Hanau aufrufen? Dürfen wir dazu aufrufen, zur Wahl zu gehen?

Alternativen je nach Verein:

Sollten wir als Umweltverein etwas zu den Streiks im öffentlichen Dienst sagen? Dürfen wir als Heimatverein auch politische Forderungen erheben zur Entwicklung unseres Ortes?

Dies sind Fragen, die uns zwar nicht in unserer täglichen Vereinsarbeit beschäftigen, dennoch immer wieder auf der Tagesordnung unserer Vorstandssitzungen stehen – und die bestehende Rechtsunsicherheit führt häufig dazu, dass wir die oben genannten Fragen verneinen. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass wir auch mit Blick auf unsere jungen Mitglieder eine Vorbildfunktion erfüllen und nicht tatenlos und sprachlos zusehen dürfen, wenn in unserer Gesellschaft Rassismus und Anti-Semitismus immer stärker werden.

Daher hatten wir mit Freude wahrgenommen, dass sich im Bundesrats-Finanzausschuss die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder am 24. September 2020 mehrheitlich für eine rechtliche Klarstellung bei der politischen Betätigung zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgesprochen hatten. Leider wurde dieser Vorschlag weder vom Bundesrat in der Stellungnahme zum Jahressteuergesetz noch vom Bundeskabinett in seiner Gegenäußerung aufgenommen.

Daher bitten wir Sie, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten als Oberbürgermeisterin und Mitglied der Partei XYZ dafür einzusetzen, dass der Bundestag in den kommenden Tagen noch die entscheidenden Änderungen übernimmt und mindestens der Kompromiss der Landesfinanzminister*innen in geltendes Recht umgesetzt wird.

Wir sind sicherlich nicht der einzige Verein in Deutschland, der regelmäßig vor den oben genannten – oder ähnlichen – Fragen steht. Eine entsprechende Änderung im Gesetz würde vielen von uns die Arbeit erleichtern und uns ermöglichen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, jungen Menschen als Vorbild zu dienen und einen Beitrag für ein gutes Miteinander in Deutschland zu leisten.

Gerne stehen wir Ihnen auch zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen